

JUNGSOZIALISTEN

Schwein geschlachtet

Genosse Thomas von der Vring, Dozent an der TU Hannover und Bewerber um einen Posten im Jungsozialisten-Vorstand, begrüßte „die neue Bundesregierung mit Wohlwollen und Skepsis“. Die 204 Delegierten der SPD-Jugend, die sich am vorletzten Wochenende zu ihrem Bundeskongress in München versammelt hatten, wollten das nicht hören.

Von der Vring formulierte um: Er begrüße „die neue Bundesregierung mit skeptischem Wohlwollen“. Auch das war den Jung-Genossen, die „die Partei nach links öffnen und nach rechts schließen“ wollten, noch zu freundlich.

Erst im dritten Anlauf erwirkte der Kandidat die erhoffte Zustimmung: „Wir begrüßen diesen Regierungswechsel als einen ersten Schritt zur Ablösung reaktionärer Kräfte in der Bundesrepublik. Wir wissen aber, daß wir von dieser Regierung für die Erfüllung sozialistischer Forderungen im Sinne des Godesberger Programms nichts zu erwarten haben.“

Mehr erwarteten die „Jusos“ (von der Vring: „Wir sind die SPD der achtziger Jahre“) von sich selbst. In München formierten die linken Genossen den SPD-Nachwuchs für den langen Marsch durch ihre Institution zu einem „sozialistischen Verband mit einer konkreten Utopie“. Sie postulierten, daß

- ▷ „eine sozialdemokratisch geführte Regierung alle ihre Handlungen an den Bedürfnissen einer kommenden sozialistischen Gesellschaft mißt“;
- ▷ „die Großbanken, Kapitalsammelstellen sowie die Schlüsselindustrie (Stahl, Chemie, Energie usw.) verstaatlicht werden“ müssen;
- ▷ es nur eine Möglichkeit gibt, „präventiv gegen die Krisenanfälligkeit dieses (kapitalistischen) Systems vorzugehen: indem man es abschafft“;
- ▷ die Bundesregierung es „begrüßen“ soll, „wenn andere Staaten die DDR anerkennen“.

Nicht diskutiert wurde in München, ob eine SPD mit dem Programm der Jusos in absehbarer Zukunft Wahlen gewinnen könne. Statt von Stimmenwerbung war von „sozialistischer Praxis“ und „Basis-Arbeit“ in Gemeinden und Betrieben die Rede.

Leo Bauer, Ghostwriter und Kongress-Beobachter des Parteichefs Willy Brandt, war empört: „Fünftausend Apo-Leute haben den Verband unterwandert und umgedreht.“ Joachim Steffen, Linksaußen des SPD-Establishments und einziger Repräsentant des Partei-Vorstands in München, verwarf die Diagnose des früheren SED-Mitglieds Bauer: „So eine Verschwörer-Theorie kann nur einem ehemaligen Kommunisten einfallen.“

In der Tat: Trotz freimütigen Gebrauchs sozialistischer Vokabeln blieb



Abgewählter Juso-Chef Corterier
„Wenn die sich das gefallen lassen ...“

die Außerparlamentarische Opposition draußen vor der Kongress-Tür. Für die Jusos führte auch in München der Weg zum Sozialismus immer noch durch die SPD. Anträge antiautoritärer Genossen, die diesen Weg verbauen wollten, wurden von der Mehrheit niedergestimmt. Der Kongress war dagegen,

- ▷ die Regierungserklärung des SPD-Kanzlers Brandt rundweg „abzulehnen“,
- ▷ die SPD als „liberale Fraktion der Bourgeoisie“ abzuschreiben,
- ▷ „ein für allemal auf die Wiedervereinigung zu verzichten“.

Statt dessen attestierten die Linken ihrem Parteichef in einem Protest-Beschluß gegen den US-Krieg in Vietnam „moralische Integrität und den Willen zur Friedenspolitik“. Brandt und Steffen blieben freilich die einzigen Partei-Prominenten, denen die Junioren Schonung gewährten. Was der Partei sonst teuer ist, wurde verrissen. So



... sind sie Kastraten“: Kongress-Beobachter Steffen, Wischnewski

setzten die Delegierten einen Antrag, der sich gegen eine Äußerung des Partei-Vize Helmut Schmidt („Scheißdemokrat“) wandte, wegen Nichtigkeit von der Tagesordnung ab. Begründung: „Schmidt ist doch hinlänglich bekannt.“

Auch Partei-Geschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski, der nach Absage von Willy Brandt, Herbert Wehner, Horst Ehmke und Heinz Kühn im Auftrag der Bonner Partei-Zentrale das Einleitungs-Referat halten sollte, fiel dem angestauten Delegierten-Unmut über die Baracke zum Opfer: Die Jungsozialisten wollten die Auftragsarbeit eines „Angestellten der Partei“ nicht hören und strichen seinen Vortrag vom Programm.

Für Peter Corterier, 33, den bisherigen Jungsozialisten-Vorsitzenden, wurde der Kongress zum Tribunal über Person und Politik. Der Parlaments-Neuling aus Karlsruhe war in der Absicht nach München gefahren, sich durch Rücktritt ehrenvoll zu verabschieden. Die Delegierten ließen es nicht dazu kommen; sie nahmen den Rücktritt nicht an und schritten zur Abwahl: Corterier wurde mit 146 zu elf Stimmen gefeuert, sein Rechenschaftsbericht ohne Diskussion verworfen.

Die Gefühls-Aufwallung der Corterier-Gegner kommentierte der „rote Jochen“ Steffen: „Die waren gekommen, um das Schwein zu schlachten, aber vorher sollte es noch bespuckt werden.“

Freilich hatte Corterier ihnen während seiner zweijährigen Amtszeit Grund zu schroffen Reaktionen gegeben. Als Juso-Chef hatte er linke Beschlüsse seiner Verbands-Gremien mißachtet oder hintertrieben, um sich bei der Parteiführung anzubiedern. In seinem Wahlkreis Karlsruhe verleugnete er gar den Namen seines Verbands und gab sich in einem Wählerbrief als Vorsitzender der „jungen Sozialdemokraten“ aus. Den Dank der Partei erntete er im Bundestag: Seine Fraktion delegierte den Novizen in die

begehrten Ausschüsse für Verteidigung und Auswärtiges.

Mit Corterier verabschiedeten die Jungsozialisten nun die Ära, in der sich, wie linke Kritiker meinen, anpassungsfähige Jung-Funktionäre durch „parteikonformes Verhalten und den Verzicht auf jede politische Selbständigkeit“ (so der Berliner Juso-Delegierte Gert Börnsen in einer zum Münchner Kongreß erschienenen Broschüre*) für den gehobenen Parteidienst qualifizieren konnten.

Bis 1960 hatten die Jusos ihre Beiträge zur SPD-Politik auf Hinweise beschränkt, daß die Partei „nur die richtigen Reklamefachleute braucht“ (Steffen). Und noch bis 1965 war es — so Börnsen — „die eigentliche Funktion der Bundeskongresse“ der Jungsozialisten, „innerparteiliche Heerschau und Akklamationsveranstaltung mit Reklamerummel nach außen zu sein“. „Christ und Welt“ damals: „Die Jungmänner marschieren mit der ‚Alt-Herrenriege‘ im gleichen Schritt.“

Eine lockere Gangart wurde den Jung-Genossen bislang auch durch ihre Statuten erschwert. Anders als die weitgehend selbständigen Jugendverbände von CDU (Junge Union) und FDP (Jungdemokraten), sind die Jusos nur eine der sieben Arbeitsgemeinschaften in der SPD. Jedes SPD-Mitglied bis zum 35. Lebensjahr gehört automatisch dem Verband der Jungsozialisten an. Die Juso-Vorsitzenden müssen von der Partei bestätigt, ihre Beschlüsse gebilligt, ihre Gelder beantragt, ihr Geschäftsführer muß von der Baracke angestellt werden. Selbst dem Corterier-Vorstand versagte die Parteiführung vor zwei Jahren zunächst die Bestätigung, weil ihm auch Linke — wie der „Stern“-Redakteur Herbert Ludz — angehörten.

Unterdessen amtierte Corteriers Sekretär Ernst Eichengrün, 35, unter der Weisung des SPD-Vorstands in der Partei-Zentrale und torpedierte zaghafte Autonomie-Wünsche des Juso-Verbands. Als Herbert Ludz im Auftrag seines Vorstands Kontakte mit der DDR-Staatsjugend FDJ suchte und die FDJ erste Termine vorschlug, sagte Eichengrün auf Wunsch Wischniewskis ab, ohne den Juso-Vorstand auch nur zu informieren.

Solche „Methoden aus der Mottenkiste der Komintern“ (so ein Juso-Delegierter in München) mochten die linken Jungsozialisten nicht länger hinnehmen. Delegierte aus 14 Bezirken trafen sich Anfang Oktober in Oberhausen und zwei Wochen darauf im hessischen Eltville, um — nach dem Bonner Erfolg der SPD — nun auch bei den Jungsozialisten einen Machtwechsel vorzubereiten.

Die Majorität freilich, die der Linken beim Sturz von Corterier in München zuwuchs, überraschte selbst die Eltviller. Börnsen: „Bei der Mehrheit macht links sein ja gar keinen Spaß mehr.“

* Gert Börnsen: „Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD“. W. Runge-Verlag, Hamburg; 104 Seiten; 4 Mark.

„SPRENGKRAFT FÜR DAS SYSTEM“

SPIEGEL-Interview mit dem neuen Juso-Vorsitzenden Karsten Voigt

SPIEGEL: Herr Voigt, hat sich in München die SPD der 80er Jahre vorgestellt, wie Ihr Stellvertreter von der Vring sagt, oder war dieser Kongreß eher ein „Happening“, wie der Brandt-Berater Leo Bauer behauptet?

VOIGT: Ich hoffe, daß sich die SPD der 80er Jahre vorgestellt hat, auch wenn diese SPD noch an sich arbeiten muß. Sicher war es kein Happening, sondern der Ansatzpunkt zu einer sozialistischen Praxis. Das wird sich bald zeigen.

SPIEGEL: Sie scheuen also nicht den offenen Konflikt mit der Par-

Gesellschafts- und Sozialordnung ablösen. Sie müssen die Macht derer, die bisher gesellschaftliche und politische Macht akkumuliert haben, brechen und den Kampf mit den Großkapitalisten aufnehmen.

SPIEGEL: Das ist sicher eine Schlußfolgerung, die der SPD-Vorstand nicht aus dem Godesberger Programm zieht. Auf dem Münchner Kongreß ist die SPD als reaktionär bezeichnet und heftig angegriffen worden. Halten auch Sie die SPD für reaktionär?

VOIGT: Ich hoffe, daß man die SPD auf längere Sicht für eine antikapitalistische Politik wird gewinnen können, denn sonst würde ich ihr nicht angehören. Es gibt allerdings zur Zeit Mehrheiten in der Partei, die sich an das Bestehende so sehr angepaßt haben, daß es manchen Leuten innerhalb der SPD als unwahrscheinlich erscheint, daß diese Partei noch eine gesellschaftsverändernde Kraft sein kann. Wir wollen sie wieder dazu machen.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich den plötzlichen Ruck der Jungsozialisten nach links? Die Apo hat doch sicher den Wandel in der politischen Haltung Ihres Verbandes beeinflußt.

VOIGT: Die Außerparlamentarische Opposition hat immens zur Politisierung der Gesellschaft und damit auch ganz entscheidend zum Politisierungs-Prozeß innerhalb der SPD beigetragen — und nicht nur bei den Jungsozialisten.

SPIEGEL: Finden die Jungsozialisten nach München denn überhaupt noch Gesprächspartner in der Parteiführung?

VOIGT: Trotz einiger Meinungsunterschiede, die bestehen, ist der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jochen Steffen sicher ein geeigneter Gesprächspartner.

SPIEGEL: Wer noch?

VOIGT: Ich weiß im Augenblick nicht mehr Namen zu nennen, aber ich glaube, daß es im Parteivorstand noch mehr Leute gibt, mit denen wir sprechen können.

SPIEGEL: Davon, daß in Bonn seit einigen Wochen Ihre Partei die Regierung führt, war auf diesem Kongreß kaum die Rede.

VOIGT: Das ist doch verständlich. Wir haben diese Regierungsbildung begrüßt, aber wir geben uns nicht der Illusion hin, daß unsere gesellschaftspolitischen Forderungen mit dieser Regierung verwirklicht werden können. Um eine sozialistische Praxis betreiben zu können, muß die SPD reformiert werden und muß gesellschaftskritisches Bewußtsein in den Betrieben, Wohnvierteln und Gemeinden massenhaft mobilisiert werden.



Jungsozialist Voigt
„Mobilisierung von der Basis her“

tei. Wollen Sie die SPD auf Ihren Linkskurs bringen?

VOIGT: Unser Ziel ist eine neue Gesellschafts- und Sozialordnung, wie sie auch das Godesberger Programm verlangt. Wir versuchen, für diese theoretischen Vorstellungen innerhalb der Partei wieder mehr Raum zu gewinnen und sie wieder in Praxis umzusetzen. Unser Ziel ist diese sozialistische Praxis, unser Ziel ist nicht der Konflikt mit der SPD. Die SPD wird sich aber wohl nicht ohne Mobilisierung von der Basis her auf den Weg einer sozialistischen Praxis begeben wollen.

SPIEGEL: Wenn auf Ihrem Bundeskongreß von „klassenkämpferischem Bewußtsein“ und von der „Revolutionierung dieser Gesellschaft“ gesprochen wurde, so ist das doch etwas anderes als das Godesberger Programm. Sie selbst haben gesagt, daß Sie Ihrer Meinung „Sprengkraft für das kapitalistische System verleihen“ wollen.

VOIGT: Wenn Sie eine neue Gesellschafts- und Sozialordnung wollen, müssen Sie die bisherige

MINISTER

LEUSSINK

Wer soll's bringen?

So fehlte den Linken in München der Gegner, an dessen Widerspruch sie sich deutlicher hätten profilieren können. Unangefochten führten Studenten aus dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), darunter drei ehemalige und ein amtierender SHB-Vorsitzender, die Kongreß-Regie. Die Antrags- und Abstimmungsmaschine bedienten derweil die traditionellen Links-Verbände aus Schleswig-Holstein und Hessen-Süd, die auch bei der Vorstandswahl die wichtigsten Posten besetzten.

Neuer Juso-Chef wurde ohne Gegenkandidaten der Süd-Hesse Karsten Voigt, 28, wissenschaftlicher Angestellter in Frankfurt und im Februar parteiinterner Gegenbewerber des Verkehrsministers Georg Leber bei der Kandidaten-Aufstellung im Wahlkreis Frankfurt I. Seine Stellvertreter wurden der Schleswig-Holsteiner Norbert Gansel, 29, Gerichtsreferendar und bis vor kurzem Pressereferent Jochen Steffens, und der Hannoveraner Thomas von der Vring, 32. Karsten Voigt zum Wahlausgang: „Das war schon in Eltville klar, wir hätten schon dort wählen können.“

Dennoch war München weniger das Ergebnis geschickter Kungelei als das ebenso konsequente wie ungewollte Resultat dreijähriger Apo-Aktivität. Zwar hat die Apo den 150 000 Mitglieder umfassenden Juso-Verband nicht unterwandert, aber die von den Außerparlamentarischen provozierte Politisierung der Gesellschaft hat auch die SPD-Linken mobil gemacht.

SPD-Manager Wischniewski schrieb den Junioren-Aufstand eigenen Versäumnissen zu: „Wir haben leider wegen des Wahlkampfes und der Regierungsbildung das kontinuierliche Gespräch nicht finden können. Das hat zu Aufstauungen und Verärgerungen geführt.“ Als der Linkskurs des Kongresses sichtbar wurde, telefonierte Wischniewski mit seinem Parteichef. Brandt ermächtigte ihn, die Tagung — falls nötig — zu verlassen, hieß aber zugleich Wischniewskis Absicht gut, so lange wie möglich vor Ort zu bleiben und die Jusos nicht unnötig zu provozieren.

Zurück in Bonn, erklärte Wischniewski auf der Morgenandacht in der Baracke am Montag letzter Woche, die Partei wolle keinen Bruch mit den Jungsozialisten, es sei jedoch nötig, die Formen des entstandenen Konflikts zu normalisieren. Er selbst wolle sich schon in den nächsten Tagen um Gespräche mit dem neuen Juso-Vorsitzenden und seinem Geschäftsführer Wolfgang Kiehne, 25, bemühen und die Bestätigung beider durch den SPD-Vorstand erwirken.

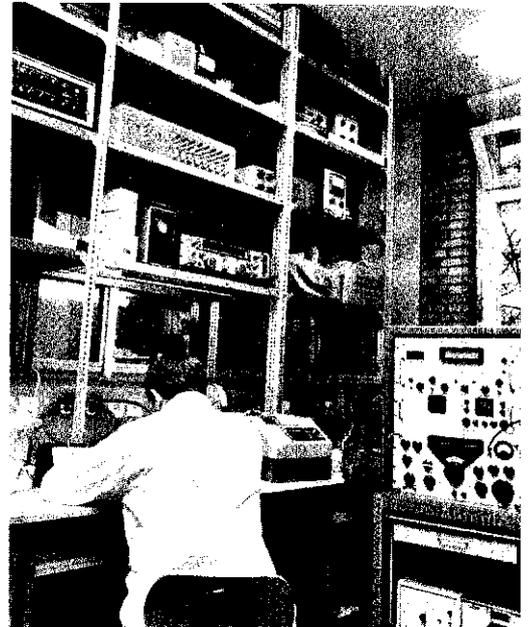
Weniger Contenance zeigte der abgewählte Juso-Chef Corterier. Journalisten ließ er wissen, die Apo, der SHB und die ADF hätten die Jungsozialisten unterwandert. Er werde darauf drängen, „diese Entwicklung nicht hinzunehmen. Wenn die in Bonn sich das gefallen lassen, sind sie Kastraten“.

Als Hans Leussink, 57, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, in der vergangenen Woche einen Sonderdruck der Karlsruher Studentenzeitung „Ventil“ zur Hand nahm, konnte er lesen: „Leussinks Vorstellung von der Struktur der Universität ist in der Gedankenwelt des vergangenen Jahrhunderts verwurzelt.“

Nach der Lektüre des dreiseitigen Artikels überlegte der Minister, ob er straf-, zivil- oder presserechtlich gegen jene Studenten vorgehen sollte, die, unter Verweisung auf Leussinks Wahlverwandtschaft mit dem 19. Jahrhundert, die Professoren-Praxis des 20. Jahrhunderts am Beispiel Leussinks verzeichnet hatten. In 10 000 Exemplaren ihrer Zeitung „Ventil“ lasteten Karlsruher Studenten dem Mann, der Bundesdeutschlands wissenschaftliche Forschung fürs Jahr 2000 fit machen soll, einen der ältesten und problematischsten deutschen Ordinarienbräuche an — die „Verbindung von Professur und Profit“.

Mit „erfinderischem Geschäftssinn“, so „Ventil“, habe Leussink sich nicht damit zufriedengegeben, als Direktor des Karlsruher Universitäts-„Instituts für Bodenmechanik und Felsmechanik“ — wie bei Hochschullehrern üblich — mit Institutsmitteln private Gutachten zu erstellen. Der Professor habe darüber hinaus

- ▷ das Gutachtergeschäft noch über die Firmen „Interfels — Internationale Versuchsanstalt für Fels Ges.m.b.H.“ in Salzburg und „Terraconsult GmbH“ im hessischen Hanau betrieben,
- ▷ von ihm abhängige Mitarbeiter seines Universitätsinstituts in diesen



Karlsruher Leussink-Institut
Führend in der Welt

Firmen zu seinen Partnern gemacht,

- ▷ dem vormaligen Interfels-Geschäftsführer Leopold Müller eine Honorarprofessur an seinem Karlsruher Institut zugeschanzt und dann
- ▷ mit Müller und einer Million Förderungsmitteln der VW-Stiftung die Felsmechanik zum Lehr- und Forschungszweig erhoben, obwohl für diese neue Disziplin „der Bedarf ... gering war“.

Auf diese Weise habe der Ordinarius, tadelten die Studenten just jener Hochschule, an der Leussink 15 Jahre lang geforscht und gelehrt hatte, „wie kaum ein anderer“ verstanden, „aus der überkommenen Struktur der Ordinarienhierarchie — im buchstäbli-



Wissenschaftsminister Leussink (r.), Chef: Vorwürfe aus dem Ventil